

Quelle

Datum

Sicherheitspolitik: Die Wende der SPD

Stetiges Schreiten auf alten Pfaden

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Am Vorabend der Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung am 20. November 1983 verwarf die SPD auf ihrem Kölner Parteitag fast einstimmig die Nachrüstung. Altkanzler Helmut Schmidt hatte zwar die 400 Delegierten beschworen, zu dem Wort zu stehen, das die Bundesrepublik vier Jahre zuvor im Rahmen des „Doppelbeschlusses“ gegeben hatte (erst reden, dann aber notfalls rüsten). Schmidt erntete respektvollen, aber kühlen Beifall – und der sonst übliche Händedruck des Parteivorsitzenden Willy Brandt blieb ganz aus. Hernach stimmten nur 14 Delegierte gegen den Leitantrag, der besagte: „Die SPD lehnt die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckensystemen ... ab.“

Damit verabschiedeten sich die Sozialdemokraten offiziell von einer Sicherheitspolitik, die dreizehn Jahre lang das Handeln der SPD-geführten Regierungen Brandt und Schmidt bestimmt hatte. Und zu Beginn dieses Jahres war es allenfalls eine Übertreibung, nicht aber wirklich

Themen zur WAHL'87

falsch, was ein Entwurf zur „konkreten Utopie“ des „Frankfurter Kreises“ (ein Diskussionszirkel der Parteilinken) verkündete: „Es gibt weder mit der Regierungskoalition noch mit den sie tragenden Parteien (CDU/CSU und FDP) eine Übereinstimmung in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland.“

Anders ausgedrückt: Nirgendwo werden im Wahljahr 1987 die Konturen der parteipolitischen Alternativen schärfer sein als in der Sicherheitspolitik, nirgendwo hat sich die Opposition mit ihren Ideen und Fernzielen weiter von den Kontinuitäten deutscher (und früher ihrer eigenen) Politik entfernt als auf dem Sektor der Strategie und Sicherheit. Umgekehrt ist die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren kaum von dem ausgetrampelten Pfad abgewichen, den

Bonn in den fünfziger Jahren mit der Wiederbewaffnung, Bündnisintegration und Atomausrüstung (deutsche Träger, amerikanische Munition) beschritten hat.

Kontinuität spiegelte sich vorweg in der Nachrüstung wider. In dem Brüsseler Doppelbeschluss von 1979 hatten sich die NATO-Länder verpflichtet, mit *Pershings* und *Cruise Missiles* nachzurüsten – es sei denn, die Sowjetunion würde ihr eurostrategisches Monopol (hauptsächlich die

SS-20-Raketen) innerhalb der Verhandlungsfrist von vier Jahren abbauen. Die Sowjets aber rüsteten weiter – im steten Rhythmus von 50 SS-20 pro Jahr. Und so ging die Regierung Kohl/Genscher pünktlich zum Jahresende 1983 zur Aufstellung über, nachdem sie den „Raketenwahlkampf“ des Frühjahrs mit einem soliden Mandat gewonnen hatte. Grundlage war ein klassisches Doppelprinzip deutscher Sicherheitspolitik: das Gleichgewicht und die abschreckungsfördernde Risikogemeinschaft mit der Garantiemacht Amerika; in Helmut Schmidts Worten auf dem Kölner Parteitag: Sowjetische Drohungen müßten sich „notwendigerweise auch auf amerikanische Systeme in Westeuropa richten“, so daß „also die USA zwangsläufig involviert wären“.

Kontinuität wurde auch auf dem konventionellen Sektor gewahrt, wo Verteidigungsminister Wörner trotz abfallender Rekrutenzahlen an der Sollstärke der Bundeswehr in Höhe von 495 000 Mann festhielt, Bonn deshalb den Grundwehrdienst von 15 auf 18 Monate anhub. Der Anteil der Verteidigung am Gesamthaushalt näherte sich 1985 wieder der traditionellen 20-Prozent-Marke, die er jahrelang unterschritten hatte. Kontinuität auch in der transatlantischen Strategie-Diskussion, wo Bonn allem entgegenwirkte, was an der Orthodoxie der *flexible response* plus Vorverteidigung gerüttelt hätte.

Bonns Widerstand richtete sich deshalb gegen amerikanische Plädoyers (von links), die Drohung mit dem Erstsatz von Atomwaffen – dem ältesten Dogma der Allianz –, aus der NATO-Strategie zu verbannen. Ebenso wies Bonn Anmutungen (von rechts) zurück, das Bündnis in die „horizontale Eskalation“ einzuspannen – also militärischen Druck auf die Sowjetunion in Europa auszuüben, so diese westliche Positionen außerhalb des Kontinents angreifen sollte. Wo das Bündnis ab 1984 mit FOFA (Zerschlagung der zweiten und dritten sowjetischen Angriffswelle mit Fernwaffen) ein altes Prinzip mit neuer Technik zu untermauern versucht, betont Bonn den noch älteren Grundsatz, wonach die NATO nie als erster angreifen dürfe.

Kontinuität schließlich auch dort, wo sich Revolutionäres ankündigte – mit Ronald Reagans Vision einer Raketenverteidigung im Weltraum (SDI). Schicht um Schicht blätterte der scheinbare Enthusiasmus ab, den Kanzler Kohl SDI noch Anfang 1985 entgegengebracht hatte. Als es 1986 zur Unterzeichnung eines SDI-Abkommens mit

den USA kam, waren sämtliche Gewichte deutscher Bündnispolitik wieder an ihrem angestammten Platz. Um eine zu enge Identifikation mit dem amerikanischen Programm zu vermeiden, regulierte das Abkommen keine staatliche Zusammenarbeit, sondern lediglich die Mitarbeit deutscher Firmen, und dann ohne irgendeine Form staatlicher Zuwendung. Um dem „Memorandum of Understanding“ jeglichen Geruch des militärischen Zusammengehens zu nehmen, unterzeichnete es nicht Verteidigungsminister Wörner, sondern der Wirtschaftsminister. Um jegliche antisowjetische Spitze abzubrechen, betonte das Kabinett, daß die SDI-Forschung „kooperativen Lösungen“, also nicht der amerikanischen Überlegenheit, dienen dürfe. Schließlich mußte das von Genscher lancierte Eureka-Programm

(rein europäisch und zivil) den Franzosen die Sorge vor Bonns Anlehnung an Washington nehmen.

Der einzige Bruch von Gewicht ist auf dem Sektor der chemischen Waffen zu finden, wo es der Regierung Kohl ironischerweise gelang, noch weiterzugehen als der SPD im Zusammenspiel mit den DDR-Einheitssozialisten. Diese hatten einen Vertrag zur Verbannung von C-Waffen auf beiden Seiten der Elbe ausgehandelt; Kohl hat den USA ohne Rücksicht auf Abschreckung durch Gleichbesitz praktisch einen einseitigen Verzicht entlockt. Und dieser wird so funktionieren: Sollten die USA ab 1987 Binär-C-Waffen produzieren, werden sie ihre alten Bestände aus der Bundesrepublik abziehen, sie aber in Friedenszeiten nicht wieder ersetzen.

Prinzip der Gegenseitigkeit

Ansonsten häufen sich die Brüche auf seiten der Sozialdemokraten: Seit ihrem Massenausstieg aus der Nachrüstung haben sie eine lange Liste von Prinzipien aufgeweicht oder beiseitegeschoben, welche die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik seit Jahrzehnten untermauern – so jedenfalls das Regierungsprogramm 1987–1990. Die SPD ist gegen den Ersteinsatz von Atomwaffen, was bedeutet, daß die NATO derlei Waffen nicht einmal zur Abwehr einer konventionellen Niederlage einsetzen dürfte. Sie will einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa, was alle Bundesregierungen von Adenauer bis

Schmidt als Zone minderer Sicherheit abgelehnt haben. Trotz weitestgehender Entnuklearisierung will die SPD aber gleichzeitig die konventionelle Schwächung der Bundeswehr in Kauf nehmen – zum Beispiel durch Kürzung des Verteidigungshaushalts und des Grundwehrdienstes.

Die SPD will auch *Pershings* und *Cruise Missiles* gänzlich abrüsten, würde aber laut Regierungsprogramm akzeptieren, daß die Sowjetunion ihre *SS-20* nur auf „einen Stand vor 1979“ reduziert. Das SDI-Abkommen würde sie kündigen. Die Beseitigung atomarer Gefechtsfeldwaffen, welche die NATO seit 1954 als Gegengewicht zur konventionellen und geographischen Überlegenheit der Sowjetunion bereithält, „ist für unser Land besonders dringlich“. Zwar sind viele SPD-Wünsche ins Prinzip der Gegenseitigkeit gekleidet (gefordert wird etwa ein beiderseitiger Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz), doch taucht der Begriff des „Gleichgewichts“ im Regierungsprogramm kein einziges Mal auf.

Rau: Keine Alleingänge

An anderer Stelle fallen schlicht Ungereimtheiten auf: Von beiden Bündnissystemen wird verlangt, daß die Bewaffnung „unverwechselbar der Verteidigung dienen“ müsse; gleichzeitig aber heißt es, die eigenen Streitkräfte müssen eine „glaubwürdige Vorneverteidigung“ erlauben und den Angreifer mit einem „untragbaren Risiko“ belasten. Dies erfordert freilich die Fähigkeit zum massiven Gegenangriff, sprich: genau die Panzer-, Raketen- und Flugzeugverbände, die kaum zu einer rein verteidigungsorientierten Bewaffnung passen.

Richtig ist freilich auch, daß Wahlkampfprogramme keine Regierungsprogramme sind, daß ein Kanzler Rau genau den gleichen Bündnis- und Realitätszwängen unterliegen würde wie zuvor Brandt und Schmidt. Rau hält „nichts von Alleingängen“, wie er jüngst im Gespräch mit der SZ zugab; er spricht auch nicht von einer rabiaten Umkrempelung, sondern nur von einem „Beratungsbedarf“ in der westlichen Allianz. Keine „Wortkompromisse“ gibt es für ihn bei der Überzeugung, daß „wir das Bündnis brauchen, solange die Welt so aussieht, wie sie aussieht“, daß er deshalb jegliches Bündnis mit jenen kategorisch ablehnt, die den Ausstieg aus der NATO fordern.

10 ③